



## Standpunkt PFF Hausdurchsuchungen

Wir, die PFF-Fraktion äußern unsere Verwunderung über diesen Resolutionsvorschlag, der eigentlich gegenstandslos geworden ist, da der Premierminister selbst besagten Gesetzesentwurf zurückgenommen hat, da einige Abgeordnete der Mehrheit, zu denen ich auch gehöre, bereits vor mehreren Monaten einige Fragen aufgeworfen hatten.

**Da ist zunächst die geringe praktische Greifbarkeit dieses Vorschlages, der kaum 100 Personen in unserem Land betreffen dürfte... und die Frage nach dem verfassungsrechtlichen Prinzip der Unverletzbarkeit eines Domizils.**

Steht dies im Proporz?

Sicher gibt es je nach gerichtlichem Verfahren und je nach Untersuchung Ausnahmen, doch möchten wir als Liberale **ganz klar Garantien dafür haben, dass keine Bresche geschaffen wird, die dieses Grundrecht aushebeln.**

Außerdem wie steht um die Situation des **Schutzes von Kindern in diesem Kontext?**

Auch denken wir, dass die Rolle die dem Untersuchungsrichter in diesem Kontext zu Teil wird sehr unklar.

**Was darf er machen?**

**Was muss er machen?**

**Welche Wahl hat er?**

**Meine Kollegen in der Kammer und ich selbst, haben Klarheit und Antworten diesbezüglich verlangt und wenn Abänderungen in diesem Entwurf hier punktuell notwendig sind, dann müssen sie vorgenommen werden.**

Grundsätzlich denken wir auch, dass es in diesem Dossier vor allem eine sehr schlechte Darstellung der Realitäten gibt.

Das bedauern wir, genau wie den Zeitpunkt, an dem der Gesetzesentwurf von Theo Francken auf die Tagesordnung kommen sollte. Nicht nur, dass so eine Vermischung mit der Maximilianparkbewegung gemacht wurde, sondern auch, weil dieses Gesetz vom eigentlichen Sinn her von einigen Parteien oder Organisationen zweckentfremdet wurde.



Ziel war **ursprünglich eine Gesetzeslücke zu schließen und so der Umsetzung einer europäischen Direktive nach zu kommen**, damit bereits gängige Praktiken der Polizei, eine legale Basis erhalten. Betroffen von den sogenannten „Hausdurchsuchungen“ sind Personen, die sich illegal in Belgien aufhalten und die über eine lange Zeitspanne die Zusammenarbeit mit dem Staat verweigert haben.

**Und Ziel ist nicht, humanitäre Hilfe durch Beherbergung zu kriminalisieren**, so wie es von einigen dargestellt wird.

**Wir Liberalen werde uns zu besagtem Vorschlag enthalten, aber wir finden, dass hier eine gefährliche Instrumentalisierung dieses Entwurfs stattfindet, die unsere Gesellschaft nur noch mehr teilt, was in jeder Hinsicht bedauerlich ist.**

**Katrin JADIN, Fraktionsvorsitzende der PFF im Eupener Stadtrat**